

Bezugspreis:

Wochensatz 4,75 RM, monatlich 12,50 RM, halbjährlich 67,50 RM, jährlich 125 RM.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die abgesetzene Nonpareille kostet 20 Hg. „Kleine Anzeigen“, das fertige Blatt 40 Hg.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 24. Januar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53-54.

Der Kampf um die deutsche Reichsverfassung

Gegenüber dem Einspruch der preussischen Regierung gegen den Entwurf einer deutschen Reichsverfassung legt die Reichsregierung Wert auf die Feststellung, daß sie sich mit diesem Entwurf weder im ganzen noch in seinen Einzelheiten identifiziert.

Die reaktionären Parteien glauben auf eine zugkräftige Wahlparole verfallen zu sein, sie lautet: „Keine Zerstückelung Preußens!“

Gegenüber solchem agitatorischen Treiben muß zunächst einmal festgestellt werden, daß die Frage der Neugliederung des Reichsgebietes keine parteipolitische Frage ist.

Der Plan des Staatssekretärs Dr. Brüch, eine innere Neugliederung des Reichs nach dem Selbstbestimmungsrecht der deutschen Stämme zuzulassen, hat jedenfalls die demokratische Folgerichtigkeit und die verwaltungsrechtliche Logik für sich.

Die Entscheidung über diese Frage wird in der deutschen Nationalversammlung fallen. Dem Entwurf des Staatssekretärs Brüch fällt aber jedenfalls das Verdienst zu, das Problem in seiner vollen Schärfe gestellt zu haben.

Der Hauptvorstand der Deutschnationalen Volkspartei erläßt folgenden Aufruf:

Ohne Mitwirkung des preussischen Staates selbst sollen nach § 11 des am 20. D. R. veröffentlichten Entwurfs einer Reichsverfassung einzelne Landesteile befreit sein, durch Volksabstimmung sich von Preußen loszulösen, um einen eigenen Freistaat zu bilden.

Gewiß war das alte Preußen in hervorragendem Maße das Werk der Hohenzollern. Ebenso gewiß aber war es das unvergängliche historische Verdienst dieses Herrscherhauses, daß es bei Schaffung seines Reiches nicht dynastischen Rücksichten gefolgt, sondern in unvergleichlicher Weise den geschichtlichen und geographischen, politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten des eigenen Landes und des ganzen deutschen Volkes gerecht geworden ist.

Die geplante Zerstückelung Preußens würde das Deutsche Reich seines letzten Rückhaltes und seiner Kraft berauben. Sie würde natürlich gegebene wirtschaftliche Zusammenhänge und Ausgleichsmöglichkeiten vernichten, leistungsunfähige Gebilde schaffen und besonders eine schreiende Ungerechtigkeit gegen die landwirtschaftlichen Gebiete bedeuten, die durch Abgabe von Menschen und Nahrungsmitteln unersehbarer Werte zum Beheßen des Ganzen beizutragen haben.

Wir sprechen die dringende Erwartung aus, daß der ungeheuerliche Plan der Zerstückelung Preußens der Nationalversammlung nicht erst vorgelegt wird.

Der Aufruf übersieht vollständig, daß nach dem Entwurf die Machtverhältnisse des preussischen Staats auf das Deutsche Reich übergehen soll.

Ausweisung des Sowjetgesandten aus Schweden.

Rußland isoliert.

Kopenhagen, 23. Januar. Berlingste Abend meldet aus Stockholm: Der russische Sowjetvertreter Worsowski hat heute tagsüber zufolge von der schwedischen Regierung die Ausweisung erhalten, mit seinem ganzen Personal Schweden spätestens Sonnabendabend mit dem Dampfer nach Finnland zu verlassen.

Rußland hat das Sowjetrußland fast von allen Ländern die Ausweisung seiner Gesandten erfahren müssen.

Deutsch-polnische Verhandlungen.

Entgegen irrigen Mitteilungen erfahren die „P. P. R.“ von autoritativer Seite, daß die polnische Seite an die Reichsregierung das Ersuchen um Kohlenlieferungen gerichtet, und daß sie sich dafür zur Lieferung von Lebensmitteln erbotigt gemacht haben.

Das Problem der Arbeitslosigkeit.

Heute vormittag um 10 Uhr begann im Reichsamt des Innern eine Sitzung des Reichskabinetts sämtlicher Staatssekretäre des preussischen Kabinetts, die sich im wesentlichen mit der gesamten Wirtschaftslage, insbesondere auch mit der Frage der Arbeitsregelung und Erwerbslosenbeschäftigung befaßten soll.

Die Forderungen der Arbeitslosen. Die von uns am Freitag früh veröffentlichte Mitteilung über die Forderungen der Arbeitslosen liegt schon einige Zeit zurück.

Die Zentrumspartei.

Zum preussischen Wahlkampf.

Das alte Zentrum war ein Produkt der Bismarckschen Gewaltpolitik gegen die katholische Kirche. Mit dem Abbau des sogenannten Kulturkampfes und seiner Ausläufer verlor das Zentrum den Boden für seine Daseinsberechtigung.

Während des Weltkrieges wurde das Zentrum infolge seiner alldeutsch-orientierten kriegsverlängernden Politik derart unpopulär, daß die Gruppe Erzberger sich genötigt sah, dem Abgeordneten Peter Spahn die Führung gewaltsam aus der Hand zu nehmen.

Die Arbeiteranhänger des Zentrums, die längst schon an Stelle der patriarchalischen Parteiverfassung eine demokratische Verwaltung gefordert hatten, veranstalteten, herausgefordert durch die wahlrechtsfeindliche Haltung der Landtagsfraktion, einen förmlichen Aufruhr in den Hauptindustrieregionen Rheinlands und Westfalens.

Vollends die gewaltigen politischen Umwälzungen der jüngsten Monate würden das Zentrum zu einer unbedeutenden Bauern- und Mittelstandspartei heruntergedrückt haben, wenn ihm nicht in dem preussischen „Kultusminister“ Adolf Hoffmann ein Retter erstanden wäre.

Fast fünfzig Jahre lang hatte das Zentrum sich ohne ein Parteiprogramm durchgeschlagen. Raum acht Tage nach der Novemberrevolution aber lagen gleich drei neue Programmentwürfe vor, die an die neue Republik die denkbaren größten Zugeständnisse machten.

Da kamen die dilettantischen „Erlasse“ des Freidenkerhauptideals Adolf Hoffmann. Innerhalb weniger Tage vermochten die Zentrumsführer das Kulturkabinettsamt zum Niesengut anzufachen.

das das Zentrum wieder stark und lebenskräftig dasteht, und auch die Ergebnisse der Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung haben das Zentrum zwar enttäuscht, unter den rückwärtigen Parteien aber hat es doch noch am besten abgeschnitten.

Das Entscheidende ist jedoch, daß das Zentrum seine bisherige Rolle als Pufferpartei zwischen der demokratischen Linken und der reaktionären Rechten ausgespielt hat. Es ist ferner nicht mehr die ausschlaggebende Partei, die nach Belieben eine Mehrheit nach rechts oder nach links bilden konnte. Im Reich und in den Einzelstaaten sind feste demokratische Mehrheiten vorhanden. Und die am 30. Dezember 1918 durch den Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei in Frankfurt a. M. endgültig formulierten Leitsätze, die das gegenwärtige Programm des Zentrums darstellen sollen, erschweren dem Zentrum einigermassen seine bisherige opportunistische, „von-Fall-zu-Fall-Politik“. Das Zentrum ist nicht mehr die herrschende Partei, selbst im klerikalen Bayern nicht mehr.

Der jüngste Versuch, den konfessionellen Charakter der Partei zu verschleiern und aus den Reihen der Protestanten Stimmen und Mitglieder zu fangen, wird den Verfall nicht aufhalten. Daran wird auch die Gründung des neuen „Bundes Christlicher Demokraten, evangelischer Zweigverein der Zentrumspartei“, der in Berlin seinen Sitz hat und an dessen Spitze Pfarrer Häcker und Professor Dufmann stehen, nichts ändern, selbst wenn die dagegen auftretende Gegenbewegung aus evangelischen Kreisen weniger energisch sein würde.

Seit Jahren wächst unter den Zentrumsanhängern immer mehr die Erkenntnis, daß die Zugehörigkeit zu den politischen Parteien sich nicht nach den religiösen Anschauungen, sondern nach den wirtschaftlichen und Klasseninteressen zu entscheiden hat. Die katholischen Arbeiter erkennen in wachsendem Maße, daß die bisherige Zentrums politik des angeblichen „Ausgleichs auf der mittleren Linie“ stets nur auf ihre Kosten zugunsten der bestehenden Verhältnisse gemacht worden ist.

Die Hoffmannsche Kirchenpolitik, die vorgehend mit autoritären Erlassen arbeitete, statt den Weg der Beratung und Gesetzgebung durch die demokratisch zustande gekommene Volksvertretung zu wählen, hat dem Zentrum noch einmal ermöglicht, der Religion eine gewichtige Rolle im Wahlkampf zuzuwenden. Noch einmal ist es dem Zentrum gelungen, die Aufmerksamkeit weiter kirchentreuer Kreise von seiner nach Vergeltung schreienden Kriegsheberischen und kriegsverlängernden Politik, von seiner jahrzehntelangen Verbinderung jeder Reform des preussischen Dreiklassenwahlrechts, von seiner langjährigen volksfeindlichen Militär-, Zoll- und Steuerverpolitik abzulenken. Nur kurze Zeit wird es jetzt noch bedürfen, um den ein letztes Mal irreführten katholischen Volksmassen durch die Tat zu beweisen, daß die Sozialdemokratie nicht daran denkt, religiöse Empfindungen und kirchliche Freiheiten anzutasten, sondern daß wir gar nichts weiter wollen als gleiches Recht zu schaffen für alle Weltanschauungen und Glaubenssysteme, daß der Staat keines der in Zukunft völlig freien Bekenntnisse weder fördern noch behindern darf. Dann wird der zwischen Sozialdemokratie und Zentrum auswechsende politisch-ökonomische Endkampf ohne die von der klerikalen Seite hervorgerufenen Nebel religiöser Verheugung ausgetragen werden, und er wird zu der Zurückdrängung des reaktionären Zentrums in die ihm naturgemäß gehörende Bedeutungslosigkeit einer kleinbürgerlich-bäuerlichen Gruppe führen.

Heimkehr unserer Osttruppen.

Die letzten Truppen von Poltawa unterwegs.

Nach einem hier eingetroffenen Kurstelegramm aus Kiev befinden sich die letzten Truppen von Poltawa auf dem Heimtransport und werden ihren Angehörigen Mitte 1. Kavallerie-Division, das Landwehr-Feld-Regiments 121, Landwehr-Infanterie-Regiment 404

Die uns aus Kiev mitgeteilt wird, erwarten immer noch eine große Anzahl Truppen ihren vorzeitigen Abtransport aus dem Osten. Trotz aller Ermahnungen und Einwirkungen

Die Maschine ruft!

Von Julius Bersch

Arbeiter, Freunde! Einmal, vor langen Jahren habt ihr die Maschine gehäht und geräuselt.

Aber die Maschine war häßlicher als ihr; sie rächte sich an eurer Kurzsichtigkeit und unterwarf euch. Sie machte euch zu ihren Sklaven.

Ihr dientet ihr lange; sie peinigete euch und überdiente euren Protest. Wenn ihr früher sangt, erscholl euer Lied bis in die Herzen eurer Lieben. Aber die Maschine verschlang und gethanpft auch euren Schmerzensschrei.

Da wurde es euch bemerkt, daß ihr atmet und sie nicht, daß die Materie der Sklave des Geistes sein kann. Ihr überwältigtet sie und habt sie gezwungen, stille zu stehen, damit ihr gegenseitig euren Ruf, die Welt euren inbrünstigen Sang und die Menschheit euren Schrei höre.

Und der Widerhall?

Die Maschine ruft: Ich bin ein Teil eures Selbst, ein Teil eures organischen Lebens. Wir sind zusammen ein Teil der organischen Welt. Leben ist genähter und bewegter Organismus der Seele, ist Arbeit! Herrschaft ist die Schöpferkraft, tätig wissenden Hirns.

Die Maschine ruft: Ich warte auf euch, auf die Schöpferkraft eurer Arme, weil ich leben will und will, daß ihr lebt!

Ich bin auch die Freiheit, denn die Freiheit ist Seele des schöpferisch tätigen Lebens, und ich bin der Handgriff eines freien Menschengeistes.

Erkennt mich, erkennet euch!

Erkennt eure Freiheit!

Einen Tag zu spät und ihr müßt wieder mein Sklave sein!

Organisation der Seuchenbekämpfung.

Ein großer Teil der Fronttruppen ist in die Heimat zurückgekehrt. Die nächsten Wochen und Monate werden den Rückzug weiterer Massen bringen. Unter allen brennenden Fragen nimmt daher die Sorge für die heimkehrenden Krieger in prophylaktischer Hinsicht einen überaus wichtigen Platz ein. Es gilt, die Ausbreitung von Seuchen im Heime zu verhindern, kleine Seuchenherde so früh wie nur irgend möglich zu erkennen und auszulöschen. Dazu bedarf es natürlich zahlreicher geeigneter Arbeitskräfte und einer auch in kleineren Gemeinden wirksamen Organisation. Der Direktor des Hygienischen Instituts der Universität Halle, Prof.

auf die Unkameradschaftlichkeit ihres Verhaltens und die dadurch eintretenden Transportverweirungen für die Gesamtheit, bemächtigen sie sich — zum Teil den übertragenen Bahnstrecke verlassend — rücksichtslos durchfahrender Leerzüge, die für weitere stich bedingliche Truppen bestimmt sind. Die Nichtbeachtung der gegebenen Befehle und Besetze hat Störungen zur Folge die den Abtransport der Gesamtheit verzögern und gefährden. Es ist klar, daß die's Verfahren die für den Rücktransport festgelegten Pläne der verantwortlichen Behörden in erheblicher Weise stört, und daß durch die's nicht nur die Abtransporte durchführbare Raumung der Ukraine hinausgeschoben wird.

Die Erbitterung der durch ihre rücksichtslosen Kameraden benachteiligten Truppenteile äußert sich in dringenden Otten durch Bezeichnung die pflichtvergeßenen Truppenteile in der Presse zu brandmarken.

Die Heimsendung der russischen Kriegsgefangenen.

Bern, 23. Januar. Die das Internationale Komitee vom Roten Kreuz mittel, werden die russischen Kriegsgefangenen in Deutschland nicht eher zurückkehren, als bis jede Gefahr beseitigt ist, die sie in Russland der Hungersnot oder der Tätigkeit bolschewistischer Agitation in die Arme treiben könnte.

Frankreich und Sowjetrußland.

Berlin, 23. Januar. Ein Funkpruch aus Moskau meldet: „London News Agency“ bestätigt, daß die englische Regierung Frankreich den Vorschlag gemacht hat, alle politischen Zentren in Russland, darunter auch die russische Sowjetregierung, einzuladen, einen Waffenstillstand zu schließen und Vertreter zur Friedenskonferenz zu schicken. Die „Humanität“ veröffentlicht die ablehnende Antwort Frankreichs. In einem an Litwinoff in dieser Frage gerichteten Schreiben hat der Volkskommissar des Auswärtigen daran erinnert, daß zu der Zeit, als der Angriff der Entente begann, England gerade im Begriff war, Verhandlungen mit der russischen Sowjetregierung über wirtschaftliche Vorteile anzuknüpfen, und der Vertreter des Board of trade, Sir William Clark, mit dem Volkskommissar des Auswärtigen eine Zusammenkunft in Moskau gehabt hatte, um grundsätzlich die Frage von Zugeständnissen und Handelsvereicherungen zu besprechen. Was aber die besonders feindliche Haltung Frankreichs der russischen Republik gegenüber betrifft, so wird sie leicht durch die Gesühle erklärt, welche durch die Annullierung der russischen Staatsschulden hervorgerufen worden sind. Der Volkskommissar deutete Litwinoff gegenüber an, daß es die russische Sowjetregierung für möglich halten würde, in Verhandlungen in dieser Frage einzutreten, um gemeinsam mit Frankreich eine Einigungsmöglichkeit zu finden, da sogar in Russland selbst der Grundfah der Annullierung nicht ganz streng ausgeführt würde und die Möglichkeit von Ausnahmen von diesem Grundfah nicht von Hause aus ausgeschlossen sei.

Englischer Riesenstreik am 27. Januar.

London, 23. Januar. (Reuter.) Das Arbeiterkomitee im Citydistrikt billigte gestern abend die Vorbereitungen für den am 27. Januar zugunsten der vierzigtausendigen Arbeitsschwere geplanten Streik der Schiffs- und Werksarbeiter. Die städtischen Arbeiter von Glasgow haben beschlossen, sich den Arbeitern der Schiffs- und Werksarbeit anzuschließen. Der Distriktausfluß von Glasgow rief die Vereinigung der Maschinen- und Werkzeugarbeiter ebenfalls zum Streik am 27. Januar auf.

Prof. Förster gegen den Anschluß Deutschösterreichs.

Die schweizerische Presse verbreitet eine Äußerung Prof. Försters, die sich mit großer Entschiedenheit gegen den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland ausspricht. Diese Äußerung verkenne die eigentliche Aufgabe der Deutschen in Österreich, sei sie eng nationalistisch, während die österreichische Konföderation dem Gedanken des Völkerbundes entspreche. Auch werde der Anschluß Deutschösterreichs zu verstärkten Kompensationsforderungen der Entente auf der Friedenskonferenz führen.

All das ändert an der Tatsache nicht, daß Deutschösterreich den Anschluß an Deutschland — ohne dazu von hier aus ausgemuntert worden zu sein — wünscht und daß Deutschland keinen Grund hat, auch noch die eigenen Stammesgenossen aus überdipl-

Dr. Paul Schmidt empfiehlt zu diesem Zweck in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ die Gründung von Riesen-Erbschaftskommissionen, die, wo es an Ärzten mangelt, im Seuchendienst ehrenamtlich beschäftigt werden sollen. Die während des Krieges in den bakteriologischen Laboratorien des Heides tätig gewesenen Naturwissenschaftler, die vielen tüchtigen, im Seuchendienst geübten Sanitätsunteroffiziere, Schwestern und Helfern können hier nützlich eingreifen. Sollte es nicht immer möglich sein, für ihre Arbeit eine Entschädigung auszuwerfen, so werden sich sicherlich genug ehrenamtliche Hygieniker finden.

Die Organisation des Dienstes wäre derart zu regeln, daß nach Ausschaltung einer Liste der überhaupt vorhandenen Kriegsteilnehmer vor allem diejenigen festgesetzt werden, die Infektionskrankheiten durchgemacht haben. Ganz besonders die gesunden Bakillen-Dauerträger. Es geht weiter, die Umgebung der Leute, namentlich die Familien und die Familien zu überwachen, jede auf z n zu lassen

und der Ironienartigen Versorgung zuzuführen. Weiß man doch, wie lange sie sich oft ohne Arzt zu Hause behelfen. Bei einer solchen Tätigkeit fällt es auch nicht schwer, hygienische Verhältnisse, insbesondere in den Wohnungen, aufzubeden. Die heimgekehrten Frontkämpfer werden gegen eine solche Kontrolle gewiß nichts einzuwenden haben, zumal es sich doch nicht so sehr um eine Gesundheitskontrolle, als vielmehr um eine möglichst frühzeitige ärztliche Versorgung handelt, der sie zuzuführen sind. Die Soldaten, die in vier schweren Jahren so außerordentlich viel an Disziplin gelernt haben, werden auch sehr, nachdem die Regel schlaffer gezogen sind, für die Notwendigkeit der Gesundheitsdisziplin vollstes Verständnis aufbringen.

Das Problem erscheint waktig genau um ihm auch staatliche Mittel zur energischen Durchführung zuzuführen. Es wäre vielleicht gerade jetzt nicht schwer, die nötigen Zusätze durch die Eingiehung von weniger wichtigen Kammern zu erbringen und so die Einrichtung der Disziplin, die für die Allgemeinheit von größtem Werte ist, in jeder Hinsicht zu fördern und zu verbreiten.

Schräge Wohnhäuser.

Au den unerlässlichen Bedingungen, die vielleicht auch schon durch die Vauipolizei gefördert werden, achert die Vorrichtung, daß ein an der Straße liegendes Wohnhaus mit der Hauptfront mit der Straßenseite parallel läuft. Diese Seite braucht nicht immer die innere des Hausvierecks zu sein, sondern kann auch namentlich bei lockerer Bauart im Landhausstil die Giebelseite bedeuten. Immerhin scheint es ganz fremdartig oder fast undenkbar, daß man ein Haus auch im schrägen Winkel zur Straßenseite errichten könnte. Dieser Vorschlag wird nun aber gerade von einem neuen Unternehmen gemacht, das als Schrägeisenhäuser in den Wochen-

malischer Kengstlichkeit abzustehen. Ganz falsch ist es obenrein zu behaupten, das Prinzip des Nationalstaats sei dem Völkerbundesgedanken feindlich. Der Völkerbundesgedanke will eine überstaatliche Organisation schaffen, die nationalen Gebilde international zusammenführen; dazu müssen aber die nationalen Gebilde erst vorhanden sein. Der unmögliche Versuch, auseinanderstrebende Völker aus dynastischen Gründen staalich zusammenzuhalten, die ewige innere Krise Österreichs war ein Hauptgrund des Weltkriegs. Die zwangsmäßige Trennung auseinanderstrebender Teile des deutschen Volkes kann daher unmöglich dem Frieden dienen.

Der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Graf Brockdorff-Rantzau äußerte sich dem Berliner Korrespondenten der „Neuen Freien Presse“ über die Frage des Anschlusses Österreichs an Deutschland folgendermaßen: Die Wahlen zur Nationalversammlung haben den energischen Willen des deutschen Volkes gezeigt, seine Zukunft nach neuen Grundsätzen aufzubauen. Eine der wichtigsten Fragen hierbei wird die Schaffung eines einzigen Reiches aller Deutschen sein, d. h. die Vereinigung Deutschlands mit Deutschösterreich. Ich habe mich vor einigen Tagen darüber bereits öffentlich geäußert und zweifle nicht daran, daß die Nationalversammlung, an deren Wahl ja auch die in Deutschland befindlichen Deutschösterreicher teilgenommen haben, es als eine ihrer ersten Aufgaben betrachten wird, den Einigungsgedanken kräftig zu betonen, wie dies in fast allen Wahlprogrammen der verschiedenen Parteien deutlich vorgezeichnet ist.

Alle Deutschen in Deutschösterreich sollten sich in diesen entscheidungsschweren Tagen darüber klar sein, daß hier ihre Zukunft auf dem Spiele steht, und über den unüberwindlichen sozial- und parteipolitischen Kämpfen des Tages das große historische Ziel ihrer Wiedervereinigung nicht aus dem Auge verlieren.

Verfassungsentwurf für Württemberg.

Die von der provisorischen Regierung aufgestellte Verfassungsurkunde des Volksstaates Württemberg liegt nunmehr im Entwurf vor. Es wird darin unter anderem bestimmt, daß der Volksstaat Württemberg ein Bestandteil des deutschen Volksstaates ist und daß er seine Staatshoheit nach Maßgabe dieser Verfassung und der vom deutschen Volksstaate gegebenen Gesetze ausübt. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Das Volk äußert seinen Willen durch Abstimmung und Wahl. Stimmberechtigte Mitglieder des Volkes sind alle württembergischen Staatsbürger beiderlei Geschlechts, die das 20. Lebensjahr vollendet und im Lande ihren Wohnsitz haben. Das Stimmrecht ist gleich und wird geheim und direkt ausgedrückt. Landes-einwohner, die nicht die württembergische aber die Staatsangehörigkeit eines anderen deutschen Bundesstaates besitzen, sind stimmberechtigt, wenn ihr Heimatstaat die Württemberger ebenso zum Stimmrecht zuläßt. Weiter sind u. a. vorsehen: Gleiche Rechte und Pflichten aller Staatsbürger, Aufhebung aller Titel, soweit sie nicht mit einem Amte verbunden sind, Abschaffung der Erben- und Erbsengeldern, Aufhebung der Fideikommiss, Vergeßlichkeit der Wirtschaft nach dem Stande ihrer Entwicklung, Ueberführung eines Teils der Gütererzeugung in die Gemeinwirtschaft, ungestörte Wissenschafts- und Freiheit der Religionsübung, freie und selbständige Ordnung der Verwaltung ihrer Angelegenheiten durch jede kirchliche und religiöse Gemeinschaft im Rahmen der allgemeinen Staatsgesetze, Abfindung der evangelischen und der katholischen Kirche für Abgabe ihres Vermögens an den Staat durch eine Geldrente, Aufsicht über das Schulwesen nur durch den Staat, Verrückung jedes Zwangs für Erteilung und Besuch des Religionsunterrichtes, vierjährige Landtagsperiode, Wahl eines Abgeordneten auf je 25 000 Landeseinwohner, Volksabstimmung, Staatsleitung durch das Staatsministerium, an dessen Spitze ein Ministerpräsident steht, die Verrückung Staatspräsidenten führt und den Staat nach außen hin vertritt, Feststellung des Staatshaushaltes durch Gesetz in jedem Jahre und Ministeranklagen.

Am Donnerstag ist die verfassunggebende Landesversammlung Württembergs zum ersten Male zusammengetreten. Genosse Reil wurde mit 189 von 144 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten gewählt.

Bremen hat Ruh.

Unabhängige und Kommunisten haben bekanntlich Bremen zum sozialistischen Freistaat ausgerufen. Nach drei Tagen haben sie den sozialistischen Freistaat wieder abgerufen, die Materiepublik für beendet erklärt und Wahlen zu einer konstituierenden herminischen Nationalversammlung ausgeschrieben. Heute steht nun in einem Artikel der „Premer Bürgerzeitung“ abein-

schrift „Mischau“ beschrieben wird. Es soll den jetzt so überaus wichtigen Prozeder der Anlage von kleinen Wohnungen dienen indem es gleichzeitige Raum, Luft und Arbeitskräfte dort und doch noch gewisse Vorzüge gegenüber der gewöhnlichen Bauart aufweist. Die Häuser stehen nach diesem Grundriß in einem Winkel von 45 Grad gegen die Straßenseite und sind überaus mit der Hälfte der Längsseite dicht aneinander gebaut. Dadurch entsteht ein kleiner dreieckiger Vorgarten. Die Tür liegt in dem hinteren Winkel des Gartens, also verhältnismäßig geschützt. Auch das Treppenhaus kommt mit einer erheblichen Raumersparnis aus. Als ein besonderer Vorteil wird hervorgehoben, daß die Bewohner des einzelnen Hauses mehr für sich sind, da der Vorgarten und Eingang vom Nachbarn ab, das nach dieser Seite keine Fenster hat, nicht einsehen werden kann. Der gegen die Straße vorstehende Winkel der Häuser wird verhältnismäßig etwas erhöht ausgebaut, um einen schmalen, aber sehr angenehmen Eindruck hervorzuheben. Die gebogene Linie der Häuserseite dürfte für das Auge sicher wohlwollender sein, als die langweilige ununterbrochene Linie einer geschlossenen Häuserreihe.

Die Humboldt-Hochschule als die Berliner Volkshochschule.

St. auf der Schwelle der neuen Zeit folgende Forderungen:
1. Zur Sicherung ihres Lehrbetriebes: Verfassung der bisherigen Lehrstätten dazu Ueberlassung von Lehrkräften in der Universität, in Hochschulen, in staalichen und städtischen Gebäuden.
2. Vereinfachung eines eigenen staalichen Gebäudes ausschließlich für ihre Lehr- und Lernzwecke sowie für den geistlichen Verkehr; Mittel zu deren Einrichtung.
3. Uebernahme der Realunkosten in öffentlicher Hand.
4. Bau eines Volksbildungshauses für Groß-Berlin.
5. Gleichstellung der Volkshochschulen und der staalichen Hochschulen hinsichtlich der staalichen und gemeindlichen Förderung und Unterstützung.

Notizen.

— Eine Bütte von Ferdinand Lassalle, geschaffen von Julius Obil, dem wir das bekannte Rebel-Bildnis verdanken, ist jetzt in der neuen Ausstellung der Galerie Cäser, Kurfürstendamm 213, zur Ausstellung gelangt.
— Theater. In den Kammertheatern des Deutschen Theaters wird die Uraufführung von Carl Schönberrers neuem Werk „Karenspiel des Lebens“ für die nächste Woche vorbereitet. — Im Kleinen Theater ist die Uraufführung von Carl Sternbergs politischem Schauspiel „Tabula rasa“ nunmehr endgültig auf den 23. Januar festgesetzt.

ander, warum dies geschah. Die sozialistische Revolution kann nur als internationale Revolution gesehen werden. Einseitig sei in den feindlichen Ländern der Entente davon noch nicht viel zu spüren. Das sei sehr schlimm, aber man müsse sich mit den Dingen abfinden, wie sie sind. Eine See- und Handelsstadt wie Bremen könne nicht daran denken, für sich allein den Kommunismus durchzuführen. Das Vertrauen zu Bremen sei im Ausland wie im übrigen Deutschland rapide gesunken. Und was das Schlimmste sei: Bremen hätte keinen Kredit mehr bekommen, und da auch der Rat der bremischen Volksbeauftragten Geld brauche, von den Schwierigkeiten, das Wirtschaftsleben in Gang zu halten, gar nicht erst zu reden, so müsse man eben einen Fluchtversuch wagen. Eine unzureichende Ruhepause trete ein, um das Schiff der Revolution nicht auf gefährliche Klippen auffahren zu lassen. Denn was die Revolution erzungen, sei trotz alledem ein gewaltiger Fortschritt.

Wenn man in dieser Abhandlung Deutschland statt Bremen setzt, so hat man die vollendete Rechtfertigung der Mehrheitspolitik.

Goethe und die Revolution.

Keine Nachahmung!

Nachdem der Entschluß der Reichsregierung, die Nationalversammlung nach Weimar einzuberufen, endgültig gefaßt worden ist, werden manche der in die Nationalversammlung Gewählten sich mit ihrem Goethe etwas beschäftigen, um auch seine Erkenntnisse als Rüstzeug in den bevorstehenden geistigen Kämpfen zu verwenden.

Mit Rücksicht hierauf dürfte es nicht unangebracht sein, sowohl die Volksboten als auch einen größeren Leserkreis auf die Bemerkungen hinzuweisen, welche Goethe im Jahre 1824 in nachträglicher Betrachtung der französischen Revolution gemacht hat.

Eckermann geht dieselben in seinen Gesprächen mit Goethe unter dem 1. Januar 1824 (3. Band) wieder; wenigstens es bei Goethe nicht übersehen kann, so ist es doch bemerkenswert, wie sehr seine Äußerungen über Notwendigkeit und Verlauf von Revolutionen auf die letzten und gegenwärtigen Verhältnisse zutreffen. Besonders aktuell ist es aber, wenn Goethe & W. sagt:

„Und wiederum ist für eine Nation nur das gut, was aus ihrem eigenen Kern und ihrem eigenen allgemeinen Bedürfnis hervorgeht, ohne Nachahmung einer anderen. Denn was dem ein Volk auf einer gewissen Altersstufe eine wohlthätige Nahrung sein kann, erweist sich vielleicht für ein anderes als ein Gift. Alle Versuche, irgendeine ausländische Neuerung einzuführen, wozu das Bedürfnis nicht im tiefen Kern der eigenen Nation wurzelt, sind daher tödlich und alle beschleunigten Revolutionen solcher Art ohne Erfolg, denn sie sind ohne Gott, der sich von solchen Pflückerien zurückzieht. Ist aber ein wirkliches Bedürfnis zu einer großen Reform in einem Volke vorhanden, so ist Gott mit ihm und sie gelingt.“

Da muß man unwillkürlich an die kaum begreifliche Art des Spartakusbundes und gewisser Teile der unabhängigen Sozialdemokratie denken, die Revolution in Deutschland auf demselben Wege und mit denselben Mitteln und Einrichtungen machen zu wollen, wie sie in Rußland gemacht worden ist.

Angesichts der in den Kreisen der Unsterblichen noch immer bestehenden Auffassung, daß die russischen Methoden von der Diktatur des Proletariats trotz der Zustände in Rußland die allein seligmachenden sein sollen, ist es vielleicht nicht uninteressant, darauf hinzuweisen, welche Auffassung kein Geringerer als Goethe bereits vor 100 Jahren gehabt hat und in wie meisterhafter Form er sie ausgesprochen hat.

Kriegerheimstätten in Schlesien.

Die Besitzungen des Fürsten von Pleh.

In weitesten Kreisen Schlesiens wird über Heimstätten und Bodenreform gesprochen und geschrieben. Der Fürst von Pleh, als einer der größten Grundbesitzer Schlesiens, hat dazu grundsätzliche Stellung genommen.

Der Herr allvermögendste des Fürsten erklärte, diese Bestrebungen der Kriegerheimstätten age sünden beim Fürsten von Pleh weitgehendes Entgegenkommen. Auf eine Anfrage der Landwirtschaftskommission hin habe er bis zu ein Drittel seines landwirtschaftlichen Gesamtbesitzes für Kriegerheimstätten und Siedelungen zur Verfügung gestellt. Nebenbei wo ein Bedürfnis dafür vorliege und die Vorbedingungen eine günstige Entwicklung zulassen, da werde er gern Land abgeben.

Wichtig dabei ist, daß das Gelände nur abgegeben werden soll an eine gemeinnützige Gesellschaft oder öffentliche Körperschaft. Das Gelände soll dadurch oder durch Erbbaurecht ganz im Sinne von Forderungen der Bodenreformer dauernd der Bodenspekulation und den Preissteigerungen entzogen werden.

Es besteht somit Wahrscheinlichkeit, daß in Schlesien bald mit der Schaffung von dauerlichen Kleinsiedelungen und von Eigenwohnstätten begonnen werden wird.

Die deutschnationale Partei und die Frauen.

Nach den ganzen Anschauungen und dem sonstigen Verhalten der früheren Konservativen, jetzigen deutschnationalen Parteimänner, ist es eigentlich etwas Selbstverständliches, daß gerade sie es waren, die die Frauen stets am meisten unterdrückten, ihre Rechte am schlimmsten mit Füßen getreten haben. Um so unverständlicher aber ist es, wenn diese Partei sich jetzt hinstellt und besonders die Frauen zur Rettung von „Thron und Altar“ (in etwas anderen Worten) aufruft.

Daß sie dabei mit den gemeinsten und offensichtlichsten Mägen arbeiten, mund zu und nicht, Sie sind sich auch darin gleich geblieben. So behaupten sie, wir übersehen es den Schulkindern ob sie am Religionsunterricht teilnehmen wollen oder nicht. Während wir das doch gerade den Eltern überlassen und diese von jedem Zwang befreien wollen.

Die Schuld und Verantwortung der schweren Mängel unserer Kriegs- und Ernährungswirtschaft trägt natürlich — die Sozialdemokratie usw. usw.

Am Willkürlichsten aber mutet es an, wenn diese Leute die „Mädelchen von der Diktatur einer einzelnen Volksklasse zur allmächtigen parlamentarischen Regierungsform“ fordern. Wer laßt da nicht?

Trotz sie — die früheren Konservativen — in Reich und Bundesstaaten stets das Frauenwahlrecht abgelehrt haben, ist für diese Partei nur selbstverständlich, haben sie sich doch nicht einmal jetzt, nach der Revolution, zu der Verdrängung dieser Forderung durchbringen können. Sondern sie begnügen sich in ihrem Wahlkampf mit dem schmalen Votum: „Die Mitarbeit der Frau am öffentlichen Leben ist geboten.“ (Meinmann und Waischen ist auch Mitarbeit am öffentlichen Leben!) Bessert doch das

Konserervative Handbuch (1911) die Wahlrechtsforderung ab: „Den Frauen das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht zu versprechen, ist nichts als ein listiger oder dummer Betrug.“ (!) Dann fährt es mit einem „Witz“ — einem sehr traurigen Witz — fort: „Die Frauen haben für das Wahlrecht Verwendung nur einem einzigen gegenüber.“ (!)

„Deutschnationale“ Männer waren es, die das Gleichberechtigungsvorhaben der Frauen ein „unbegreifliches Maß von Anmaßung“ nannten. Sie waren es, die sagten: Die Frauenbewegung ist eine Bewegung heimatloser Jungfrauen, kinderloser Frauen, Witwen und Juden. Die die Frauenbewegung für „staatsfeindlich“ erklärten.

„Deutschnationale“ Männer erklärten: Der ewige Friede ist nicht möglich und auch nicht wünschenswert!

„Deutschnationale“ Männer waren es, die den Frauen auch auf dem Gebiet des Bildungswesens die Gleichberechtigung absprechen — weil das nur eine Vorstufe sei zu den weitgehenderen Forderungen auf dem Gebiet der Politik. Ja, als Meinungen 1909 den obligatorischen Fortbildungsschulunterricht für Mädchen einführte, reichten reiche Großbauern eine Petition ein, diesen obligatorischen Unterricht für die Großstadt Gumburg nicht einzuführen, da — er dort nicht notwendig sei!

Mädchen und Frauen, denkt daran und vergeßt auch nicht, daß es die Schwerenüßler sind, die hinter den Nationalliberalen stehen, welche heute unter dem Außschießschild „Deutsche Volkspartei“ Geschäfte zu machen suchen.

Gewerkschaftsbewegung

Nach dem Elektrizitätsarbeiterstreik.

In einer am Donnerstagabend abgehaltenen Versammlung der Elektrizitätsarbeiter erklärte Jacoby, der Vorsitzende des Verbandes der Maschinen- und Feiler, Bericht über die Einigungsverhandlungen. Dabei sagte er, es sei nicht die Schuld der Arbeiter, daß es dauerndem Streik zum Streik gekommen sei. Als der Streik ausbrochen war, habe die bürgerliche und auch die Arbeiterpresse Nachrichten gebracht, wodurch den Elektrizitätsarbeitern die Sympathie des Publikums entzogen werden sollte. So sei die unwahre Behauptung verbreitet worden, die Arbeiter hätten Stundenlöhne von zwei bis zu drei Mark gefordert. (Der „Vorw.“ hat ein derartige Angabe nicht gemacht, sondern nur die tatsächlich aufgestellten Forderungen mitgeteilt. Red.) Im gleichen Atemzuge nannte Jacoby den „Vorwärts“ und verlas eine Stelle aus einem Artikel des „Vorwärts“, worin die Stilllegung der Elektrizitätswerke als Ursache einer Katastrophe bezeichnet und im einzelnen auf die schweren Folgen einer solchen Katastrophe hingewiesen wird. Dann fuhr der Redner fort: Es mag richtig sein, daß durch die Stilllegung des Betriebes eine ungeheure wirtschaftliche Not eingetreten ist. Aber daß es so kommen wird, darauf haben wir bei den Verhandlungen mit der Direktion und den Magistratsvertretern wiederholt hingewiesen. Hätte man uns bei diesen Verhandlungen das geboten, was wir jetzt vor dem Einigungsamt bekommen haben, dann wäre es nicht zu Arbeitslosigkeit gekommen. Aber mit der Zulage von 10 Pf. und ein Gebot wurde, konnten wir nicht zustimmen. Ich habe den Eindruck empfunden, daß es die Direktion auf eine Machtprobe ankommen lassen wollte. Sie glaubte wohl, daß es wieder so kommen würde wie 1905, wo der Streik durch Heranziehung von Arbeitswilligen verloren ging und der Betrieb keine erhebliche Störung erlitt. Jetzt haben die Herren die Machtprobe gehabt. Daß es soweit kam, ist nicht unsere Schuld. Nachdem der Streik ausbrochen war, haben wir alles bestmöglich, um eine Einigung herbeizuführen.

Ein Diskussionsredner sagte, die Büroangestellten der Städtischen Elektrizitätswerke wollen, durch den Erfolg der Arbeiter ermüdet ebenfalls Forderungen stellen. — Ein anderer Redner gebraucht sehr scharfe Worte gegen den Gemeindevorstand, weil derselbe nach Angabe des Redners die „Morgenpost“ folche, den Arbeitern ungünstige Angaben über den Streik übermittelt habe. — Ein dritter Redner sagte, Eiering vom Metallarbeiterverband habe die Beteiligung an den Verhandlungen des Einigungsamtes abgelehnt mit den Worten, bei so einem verrätnisvollen Streik wolle er nicht mitwirken.

Aus einem städtischen „Musterbetriebe“.

Dem Verband der Gemeindearbeiter wird unten geschrieben: Während der Magistrat bei Stadt Berlin in Anerkennung der hohen Preise für die gesamte Lebenshaltung als Existenzminimum für ledige Beschäftigungslose über 20 Jahre alle Frauen eine Arbeitslosenunterstützung von 5.— M. pro Tag festgesetzt hat, zahlt das Wasserkreis der Stadt Berlin den dort beschäftigten Frauen einen Arbeitslohn von nur 4.— M. pro Tag! Es sind das Frauen, die Haus- und Reinigungsarbeiten verrichten müssen und bis zum 1. Januar d. N. in der Anstalt wohnen und beschäftigt wurden. Seit dieser Zeit erhalten sie weder Wohnung noch Kost in der Anstalt und müssen von den 4.— M. pro Tag ihre gesamten Lebensbedürfnisse bestreiten. Ein Antrag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, an den sich die Frauen in ihrer Not wandten, um sofortige Erhöhung des Tagelohnes von 4.— auf 6.— M., ist bisher unbeantwortet geblieben! Die Frauen erklären nun, daß, wenn der Magistrat sich nicht sehr bald zu einer Erhöhung der Pöbne entschließt, dann doch lieber für 5.— M. pro Tag die Annehmlichkeiten des Nichtstuns genießen zu wollen und Arbeitslosigkeit, Hunger und Not zu sparen, als für 4.— M. pro Tag die schwere Handarbeit im Wasserkreis zu verrichten! Ob mit einer solchen Vohnpolitik allerdings dem Magistrat und dem allgemeinen Interesse der Stadt Berlin gedient ist, das ist eine andere Frage.

Groß-Berlin

Keine Arbeitsniederlegung am Sonnabend.

In den Werkstätten wird von gewisser Seite eifrig Propaganda für Arbeitsruhe am Sonnabend, den 23. Januar, gemacht, um die Verdrängung Karl Liebknechts zu großen Demonstrationen für eine gewisse politische Richtung auszulösen. Selbst die „Freiheit“ warnt in ihrer Abendausgabe vom 23. Januar vor solchen Absichten. Wir können uns dem nur anschließen und empfehlen unseren Genossen dringend, aus diesem Anlaß die Arbeit nicht niederzulegen. Da es aber verständlich ist, daß die Arbeiterschaft Karl Liebknecht wegen seiner früheren Verdienste in der Arbeiterschaft die letzte Ehre erweisen will, empfehlen wir die Entsendung von Deputationen aus den einzelnen Fabriken und Werkstätten.

Die sozialdemokratische Bezirksorganisation von Groß-Berlin und die sozialdemokratischen Betriebsvertrauensleute.

Der Wissenszwang der Schule.

Der Ausdruck der Revolution hat auch den geistigen Arbeitern endlich die nötige Bewegungsfreiheit gebracht, um sich entsprechend ihrer Weltanschauung betätigen zu können. Leider scheint es noch ein großer Teil Leute zu geben, welche immer noch glauben, wir leben unter dem alten Regime, und sie können nach wie vor die Methoden dieser Zeit zur Anwendung bringen.

So wird jetzt in den höheren Schulen Groß-Berlins den Kindern nachstehender Fragebogen zur Beantwortung mit nach Hause gegeben:

1. Wünschen Sie, daß der Religionsunterricht als verbindliche Unterrichtsfach beibehalten und dadurch der christliche Charakter unserer höheren Schulen gewahrt bleibe?
2. Wollen Sie Ihre Kinder, falls der Religionsunterricht künstlich abgelehrt werden sollte, weiterhin am evangelischen Religionsunterricht teilnehmen lassen?
3. Stimmen Sie den Absichten der gegenwärtigen Regierung zu, die darauf hinausgehen, daß:
 - a) das Schulgebet abgeschafft wird?
 - b) keine Schulleier mehr religiösen Charakter tragen darf?
 - c) kein Bibelspruch, kein Gebetbuch, kein religiöses Lied, kein Gebet mehr gelesen werden darf?
 - d) an Stelle des Religionsunterrichts ein allgemeiner „Moralunterricht“ tritt, wie ihn auch Mohammedaner, Buddhisten, Heiden und völlig Religionslose haben können?

Aus einer Fülle von Zuschriften, die in den letzten Tagen an uns gelangt sind, geht hervor, daß die Eltern der Kinder außerordentlich über diesen Gewissenszwang empört sind. Fürchten doch die Kinder, wenn sie den Fragebogen nicht im Sinne der Lehre beantwortet zurückbringen, Nachteile in der Schule. Und um sich vor solchen Nachteilen zu schützen, werden sie unbewußt zum Agitator dieser Ideen und kommen zum großen Teil mit den Eltern in Konflikt.

Wir verwahren uns energisch gegen diese Art Agitation, die die Herren Oberlehrer in ihren Kirchenvereinen, aber nicht in der Schule betreiben sollen, und wünschen, daß sofort dieser Uebelstand beseitigt wird.

Auf ähnlichem Gebiet liegt das Vorgehen anderer Direktoren, die die Kinder, mehr oder minder mit Zwang, veranlassen wollen eine Puddingadresse an den Exkaiser zu richten. Wir hoffen, daß auch hiergegen Schritte unternommen werden.

Wohnungsamt und Stadtschulrat für Neußölln.

In der gestrigen Sitzung wurde zunächst Genosse Varick eingeleitet. Bei der danach vorgenommenen Wahl des Vorstandes wurde Fabrikant Sander als Vorkor, Genosse A. Scholz als stellvertretender Vorkor und Rechnungsrat Mehl als Beisitzer wiedergewählt. Bei der Erwählung des städtischen Wohnungsamtes wurde von Genosse Volenski im Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion die Forderung aufgestellt, daß die Wohnungen nur durch den Wohnungsnachweis erteilt werden sollen. Dadurch soll der Wucher mit Wohnungen sowie das Auslegen von Belohnungen bei Wohnungszuweisungen verhindert werden. Wegen dieser Forderungen liefen die Grundbesitzer durch ihren Vertreter Herrn Volk gewaltig Sturm. Er machte aus dem Magistrat den Vorwurf, daß er zu sehr den sozialdemokratischen Wünschen entgegenkommen wolle und die Interessen der Grundbesitzer gänzlich in Betracht gezogen habe. Durch die neuen Bestimmungen werden die Grundbesitzer zu Haven des Magistrats gemacht. Stadtrat Vinn erklärte die vorgeschlagenen Bestimmungen für durch aus unerlässlich, da täglich 200 Bewerber beim Wohnungsamtsamt eingehen. Vom Oberbürgermeister Kaiser wurde entgegnet, daß der Magistrat sich bei seiner Stellungnahme lediglich von sachlichen Gründen leiten lassen und im übrigen sich an das Mietgesetzbuch gehalten habe. Nachdem noch Justizrat Abraham der Befürchtung Ausdruck gegeben hatte, daß bei allzu großer Heranziehung des Grundbesitzes die Hypothekengläubiger ihre Gelder außerhalb Neußölln zur Verfügung stellen würden, gelangte die Beschlusse zur Annahme. Bei der sodann vorgenommenen Wahl eines Stadtschulrates wurde der Vertreter des Berliner Sophienknabenchor O. Buchenau einstimmig gewählt.

Jugendweibe Ockers 1919. Wiederum verlassen Tausende von Arbeiterkindern die Schule. Wie alljährlich veranstaltet die Arbeiterfraktion eine Jugendweibe für diejenigen Kinder, welche an feiner kirchlichen Erziehung teilnehmen. Diefelbe findet diesmal Sonntag, den 20. März, vormittags 10 Uhr im großen Saale des Lehrerseminars statt. Anmeldungen nehmen entgegen: Jugendsekretariat Lindenstr. 114 u. IV links, Walter Müdiger, A. 58, Potsdamer Straße 127 III (2-8), Adolf Joseph Weg, 21, Wilhelmshafenstraße 48 (Loden), Herbert Berger, G. 2, Große Präsidentenstraße 10, Komprecht, Neußölln, Kirchhofstr. 24 (partee), Dortleibt werden auch weitere Auskünfte erteilt.

Für die Opfer des „Vorwärts“-Kampfes gingen bei uns ein: Beschäftigte der Firma V. Junke u. Co., Berlin, 27,70 M., A. Janien Pankow 300,00 M., Dr. Girschick, Neuje 1, 20,00 M., Karl, Surze, Kiefernburg, 5,00 M., Radentheim, Kallowitz, 20,00 M., O. Gerde, Berlin, 10,00 M., Prof. Kühn, Buch, 10,00 M., N. Berdeke, Berlin, 100,00 M., Wille, U. Weihenow, 5,00 M., G. Köpfe, Berlin, 50,00 M., Fr. Dr. Wehauer, Wannsee, 20,00 M., Wendler, Labes, 10,00 M., E. Albrecht, Berlin, 5,00 M., M. Thomas, Berlin, 100,00 M., W. Joseph, Berlin, 2,00 M. — Verdrängung: In der Culturstiftung der Spenden in Nr. 25 muß es richtig heißen: Geschäftsleitung und Personal der Briefordnerfabrik Oberle u. Witz 508,55 M.

Ein Opfer der Spartakuswirren ist nachträglich noch ein unbekannter junger Mann geworden. Er wurde damals in ein Krankenhaus gebracht, war aber so schwer verletzt, daß er nicht vernommen werden konnte. Der Schwerverwundete starb, ohne daß es möglich war, von ihm Namen und Wohnung zu erfahren. Die Leiche wurde gestern nach dem Schauhaus gebracht. Hier ist im Laufe der Tage von unbekannten Leuten schon Nachfragen gehalten nach einem jungen Angedörigen, den sie vermiffen. Dieser Vermiffte ist der Beschriebene nach höchstwahrscheinlich der Verstorbene. Er ist etwa 18 bis 20 Jahre alt und trägt einen hellgrünlichen Anzug.

Landeshochschule Berlin. Der Vorlesungsplan für das Wintersemester für Reichsbeamten (3. Februar bis 19. April) ist erschienen und kostenfrei im Sekretariat, Berlin O 2, Spandauer Str. 1, zu haben.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Panlow. Vom Sonnabend ab wird auf Abchnitt 13 der Panlower Lebensmittelkarte Milch in Dosen abgegeben. Auf 3 Abchnitt 13 Dove Milchfänge zum Preise von 4,50 M., auf 1 Abchnitt ein Drittel des Inhalts.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Schmergandert. Öffentliche Wählerversammlung heute im Säulenhause, a ende 8 Uhr Vortrag des Gen. Vademann.

Steglich. Heute abend 8 Uhr öffentliche Versammlung im V. am, Nordendstraße, und im Gassen-Realgymnasium, Nordstraße. Vorkor Flugblattverbreitung von den bekannten Bezirksleitern aus.

Neußölln. Heute abend 8 Uhr zwei öffentliche Frauenversammlungen in der Aula des Oberknaben, Berliner Str. 10, und der Aula der Realhauke Fördinstraße, Stadtrat W. Conrad und Stadtr. Heilmann sprechen über „Die Frauen und die Nationalversammlung“.

Verantwortlich für Politik: Erich Kauter, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neußölln; für Anzeigen: Theodor Glöde, Berlin; Verlag: Bernsdorf-Berlin G. m. b. H., Berlin, Erud. Bernsdorf-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 2.

